



AFP/03/2013

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal
am Dienstag, dem 19.11.2013, 15:00 Uhr,
im Großen Sitzungszimmer des Kreishauses A,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:30 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Jens Beckmeyer, 31592 Stolzenau

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup

Herr stellv. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau als Vorsitzender

Herr KTA Bernd Brieber, 31608 Marklohe

Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe

Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen

Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen

Vertretung für Herrn
Kreistagsabgeordneten
Friedrich Sieling

Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg

Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg

Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg

Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Verwaltung

Herr Landrat Detlev Kohlmeier,

Frau KVOR Brigitte Immel,

Frau KOAR Gun Dachs,

Frau KAR Kerstin Schwill-Rudolph,

Frau Nicole Küttner,

Herr KOI Jörg Dudek,

Personalrat
als Protokollführer

Presse

Herr Stüben, „Die Harke“

Der Vorsitzende KTA Bomhoff eröffnet um 15 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Er bittet, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu erweitern:

Thema

Schaffung der finanziellen und personellen Voraussetzungen zur Nutzung eines zweiten Geschwindigkeitsmessgeräts für die kommunale Verkehrsüberwachung des Landkreises

Der Ausschuss für Finanzen und Personal erklärt sich hiermit einverstanden.

Der Vorsitzende KTA Bomhoff stellt sodann die nachstehende Tagesordnung fest:

- | | | |
|----------|---|-----------------|
| TOP 1: | Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 01.10.2013 | |
| TOP 2: | Schaffung der finanziellen und personellen Voraussetzungen zur Nutzung eines zweiten Geschwindigkeitsmessgeräts für die kommunale Verkehrsüberwachung des Landkreises | 2013/240 |
| TOP 3: | Stellenplan für das Jahr 2014 | 2013/229 |
| TOP 4: | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 | 2013/231 |
| TOP 5: | Mitteilungen/Anfragen | |
| TOP 5.1: | Genehmigung der Nachtragssatzung 2013 | |
| TOP 6: | Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde | |

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende

Protokollführer

Der Landrat

gez. Bomhoff

gez. Dudek

gez. Kohlmeier

Kreistagsabgeordneter

Kreisoberinspektor

Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

19.11.2013

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Finanzen und Personal vom 01.10.2013**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 2 Enthaltungen



Protokoll zu TOP 2

2013/240

19.11.2013

Schaffung der finanziellen und personellen Voraussetzungen zur Nutzung eines zweiten Geschwindigkeitsmessgeräts für die kommunale Verkehrsüberwachung des Landkreises

Beschluss:

Der Beschluss wird auf den 03.12.2013 vertagt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KOAR'in Dachs erläutert die beabsichtigte Anschaffung eines zweiten Geschwindigkeitsmessgerätes für die kommunale Verkehrsüberwachung.

KTA Paczkowski unterstützt die Vorlage. Sie unterstreicht, dass es für die Sicherheit, insbesondere vor Schulen und Kindertagesstätten, erforderlich ist, ein zweites Gerät anzuschaffen.

KTA Bergmann-Kramer beantragt die Vertagung der Entscheidung auf den 03.12.2013, da er aufgrund der Tischvorlage nicht ausreichend Gelegenheit hatte, sich mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen.

KTA Bomhoff hebt hervor, dass der Einsatz eines zweiten Gerätes an kritischen Punkten, wie vor Schulen und Kindertagesstätten, wichtig ist. Im Namen des Bündnis 90/Die Grünen stimmt er dem Beschlussvorschlag zu.

KTA Dr. Weghöft merkt zur Berechnung an, dass auch der Unterhaltungsaufwand berücksichtigt werden muss. Er bittet die Verwaltung den Material- und Sachaufwand darzustellen. Darüber hinaus darf durch ein zweites Gerät keine Wegelagerung entstehen.

KTA Koch erinnert an die Anschaffung des ersten Gerätes. Grund war hier die Verbesserung der Verkehrssicherheit. Der Anteil der Bußgelder sollte geringer werden.

Dieses Ziel wurde mit einem Gerät erreicht. Mit einem zweiten Gerät besteht nun die Gefahr, dass die Bürger abgezockt werden.

Landrat Kohlmeier führt aus, dass es eine große Zahl von Anfragen aus den Rathäusern, aber auch von Privatleuten, bezüglich einer stärkeren Verkehrsüberwachung gibt. Es herrscht bereits bei einigen Gemeinden eine große Unzufriedenheit, die bereits zu der Überlegung führte, eigene Geräte anzuschaffen. Das größte Sicherheitsrisiko ist eine zu hohe Geschwindigkeit. Mit einem Gerät kann das Kreisgebiet hinsichtlich dieser Gefahr nicht abgedeckt werden. Auch sind es nicht nur Gefahrenschwerpunkte vor Schulen und Kindertagesstätten, die abgedeckt werden müssen, sondern auch die Abendstunden. Dem Landkreis geht es hierbei ausdrücklich nicht um das „Geldverdienen“, es sollte in der Vorlage lediglich ein kostendeckendes Programm aufgezeigt werden.

KTA Cunow merkt an, dass ein Einsatz des vorhandenen Gerätes an sieben Tagen der Woche ausreichend sein müsste. Hier sollte zuerst geprüft werden, ob das vorhandene Gerät bereits am Wochenende ausreichend eingesetzt wird, bevor der Landkreis ein zweites Gerät anschafft.

KTA Westermann verweist auf die Zahlen anderer Landkreise. Der Landkreis Verden hat beispielsweise 1,8 Mio. Einnahmen im Jahr und das bei insgesamt sieben Geräten, hiervon drei mobile Blitzgeräte. Der Landkreis Nienburg könnte zu schnelles Fahren mit einem zweiten Gerät reduzieren.

KTA Dr. Weghöft erklärt, dass auch fest installierte Geräte in Erwägung gezogen werden sollten.

Landrat Kohlmeier verweist auf die Anlage zum Protokoll des Kreisausschusses vom 09.09.2013, in dem die Zusammensetzung aller Kosten umfassend erläutert wurde.

KTA Leseberg fügt hinzu, dass in der Sache innerhalb der WG viel diskutiert wurde und im Ergebnis zugestimmt wird. Hauptgrund für die Entscheidung ist die Feststellung im Gutachten der Fa. Rambøll Management, dass der Landkreis zu wenig Prävention im Rahmen der Verkehrsüberwachung vor den Schulen und Kindertagesstätten betreibt. Die Anschaffung eines zweiten Gerätes stellt somit keine Abzocke dar.

Die Sitzung wird um 15.25 Uhr auf Antrag von KTA Westermann für zwei Minuten unterbrochen.

KTA Bomhoff lässt über den Antrag des KTA Bergmann-Kramer auf Vertagung abstimmen.



Protokoll zu TOP 3

2013/229

19.11.2013

Stellenplan für das Jahr 2014

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

KVOR'in Immel erläutert den Stellenplan 2014 und ergänzt, dass bei der Erweiterung der kommunalen Verkehrsüberwachung insgesamt 3,03 Stellen zusätzlich anfallen.

Auf Nachfrage von KTA Kurowski erläutert KVOR'in Immel, dass die Probleme im Baubereich nicht an fehlenden Stellen im Stellenplan liegen, sondern in der fehlenden Besetzung.

KTA Koch weist auf die FSJ-Stelle bei der IGS hin und gibt zu bedenken, dass Bedarfe anderer Schulen auf den Landkreis zukommen könnten.

Landrat Kohlmeier erklärt, dass diese FSJ-Stelle nur zur Unterstützung in der Startphase der IGS eingerichtet wurde.

KTA Leseberg fragt nach, ob eine FSJ-Stelle auch im Naturschutz in Betracht kommt.

KVOR'in Immel wird die Möglichkeit prüfen.



Protokoll zu TOP 4

2013/231

19.11.2013

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

KOAR'in Dachs stellt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2014 vor.

KTA Bergmann-Kramer stellt fest, dass die Nettoneuverschuldung 5,4 Mio. Euro beträgt und diese auch anschließend zurückgeführt werden muss. Er weist daraufhin, dass es normal wäre „keine Schulden“ zu haben.

KTA Koch erinnert an die 30 Mio. Kreisumlage, die es mal gab und stellt fest, dass nicht alles für den Schuldenabbau genutzt wurde. Auch sind die Personalkosten in den letzten Jahren stark gestiegen.

KTA Westermann weist auch auf die gestiegenen Personalkosten im Stellenplan 2014 hin und ergänzt, dass alle Kostensteigerungen auf Beschlüsse der Kreistagsabgeordneten zurückzuführen sind.

Auf Nachfrage von KTA Koch erklärt KVOR'in Immel, dass die Sanierung der Realschule Stolzenau zurückgestellt wurde, bis über die Schulstandorte entschieden ist.

Auf die Frage von KTA Bomhoff, ob die Tarifierhöhungen in den Personalkosten der Folgejahre abgebildet wurden, erklärt KOAR'in Dachs, dass durchschnittliche Tarifierhöhungen von einem Prozent pro Jahr berücksichtigt sind.

KTA Koch bezieht sich auf die mögliche Unterstützung der Kommunen bezüglich der Kinderbetreuung. Er teilt mit, dass der Landrat gegenüber den Hauptverwaltungsbeamten bereits 1,5 Mio. Euro als Unterstützung quasi zugesagt haben soll. Einzelne Kommunen haben nach seiner Information bereits entsprechende Beträge in ihre Haushalte eingeplant.

KTA Westermann erwidert, dass über die genannten 1,5 Mio. Euro noch kein Beschluss gefasst wurde. Über die Höhe soll erst entschieden werden, wenn die endgültigen Zahlen feststehen.

KTA Bomhoff erklärt, dass im Fachausschuss unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit beraten wurde. Für eine Entscheidung über die Höhe soll das Ergebnis über den Finanzausgleich abgewartet werden.



Protokoll zu TOP 5.1

19.11.2013

Genehmigung der Nachtragssatzung 2013

Beschluss:

Ohne

Beratungsgang:

KOAR'in Dachs teilt mit, dass der am 25.10.2013 verabschiedete Nachtragshaushalt am 07.11.2013 durch die Aufsichtsbehörde genehmigt wurde. Die bisherige Nebenbestimmung zu den Liquiditätskrediten wurde aufgrund der positiven Liquiditätsplanung aufgehoben. Nach Mitteilung der Aufsichtsbehörde soll aber die noch sehr hohe Nettoneuverschuldung zukünftig weiter begrenzt werden.



Protokoll zu TOP 6

19.11.2013

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Beratungsgang:

ohne